



SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

**über die
12. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode**

am 30.01.2025

Anwesenheitsliste:**Vorstand**

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD), Beisitzer
Frau Stadtverordnete Schiller (Bündnis 90/ Die Grünen+P), Beisitzerin
Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU), Beisitzerin
Frau Stadtverordnete Ruser (SPD), Beisitzerin

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
Frau Stadtverordnete Batz
Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Caloglu
Frau Stadtverordnete Czak
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Hilck
Frau Stadtverordnete Milch
Herr Stadtverordneter Önal
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
Herr Stadtverordneter Schott
Frau Stadtverordnete Steinbach
Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Coordes
Herr Stadtverordneter Kaminiarz

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann
Herr Stadtverordneter Stark
Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax
Frau Stadtverordnete Baltrusch
Herr Stadtverordneter Schäfer
Herr Stadtverordneter Schumacher

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann
Herr Stadtverordneter Litau
Herr Stadtverordneter Miholic

Fraktion DIE MÖWEN

Frau Stadtverordnete Brand
Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz
Herr Stadtverordneter Koch

Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

Einzelstadtverordneter Sven Lichtenfeld

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster

Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt:

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt (GRÜNE+P)

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner (SPD)

Frau Stadtverordnete Knorr (MÖWEN)

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok (CDU)

Herr Stadtverordneter Viebrok (SPD)

Frau Stadtverordnete Wittig (SPD)

Frau Stadtverordnete Zeeb (GRÜNE+P)

Schriftführung:

Herr Jährling (Büro der Stadtverordnetenversammlung)

Herr Littmann (Büro der Stadtverordnetenversammlung)

Magistrat:

Bürgermeister Neuhoff

Stadtrat Busch

Stadträtin Eulig

Stadtrat Günthner

Stadtrat Prof. Dr. Hilz

Stadtrat Holz

Stadtrat Schomaker

Stadtrat Skusa

Stadträtin Toense

Entschuldigt:

Oberbürgermeister Grantz

Stadtrat Parpart

Stadträtin Kathe-Heppner

Stadtrat Heinrich

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky

Bohlmann (Pressesprecherin)

Schröder (stellv. Pressesprecher)

Thiele (Rechnungsprüfungsamt) – bis 16:32 Uhr anwesend

Emmerlich (Stadtkämmerei)

Dr. Fuchs (Rechts- und Versicherungsamt)

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Anfragen in der Fragestunde	
1.1	Maßnahmen gegen das Problem der Auto-Poser und Raser Wahnsinn, im Schaufenster Fischereihafen (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 1/2025
1.1.1	Maßnahmen gegen das Problem der Auto-Poser und Raser Wahnsinn, im Schaufenster Fischereihafen (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	MIT-FS 1/2025
1.2	Massiv steigende Rattenmeldungen in Bremerhaven (BD-Fraktion) - Tischvorlage	StVV - FS 2/2025
1.2.1	Massiv steigende Rattenmeldungen in Bremerhaven (BD-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 2/2025
1.3	Barriere Wahllokalen zur Bundestagswahl 2025 in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	StVV - FS 3/2025
1.3.1	Barriere Wahllokalen zur Bundestagswahl 2025 in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 3/2025
1.4	Statistische Erfassung gemeldeter rassistischer Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	StVV - FS 4/2025
1.4.1	Statistische Erfassung gemeldeter rassistischer Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 4/2025
1.5	Willkommensklassen bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	StVV - FS 5/2025
1.5.1	Willkommensklassen bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 5/2025
1.6	Unterbrings- und Übergangsmanagement von Geflüchteten (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage	StVV - FS 6/2025
1.6.1	Unterbrings- und Übergangsmanagement von Geflüchteten (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage	MIT-FS 6/2025
1.7	Schließung der Einrichtung "Haus Anker" (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage	StVV - FS 7/2025

- | | | |
|----------|--|-------------------|
| 1.7.1 | Schließung der Einrichtung "Haus Anker" (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage | MIT-FS 7/2025 |
| 1.8 | Aufklärung über verunreinigtes Heroin (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage | StVV - FS 8/2025 |
| 1.8.1 | Aufklärung über verunreinigtes Heroin (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage | MIT-FS 8/2025 |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift | |
| 2.1 | Genehmigung der Niederschrift (10. öffentliche Sitzung) | StVV - V 5/2025 |
| 2.2 | Genehmigung der Niederschrift (11. öffentliche Sitzung) | StVV - V 6/2025 |
| 3 | Vorlagen | |
| 3.1 | Neuwahl einer Vertretung im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen | StVV - V 93/2024 |
| 3.2 | Entlastung des Magistrats aus der Haushaltsrechnung 2022 | StVV - V 2/2025 |
| 3.3 | Vierzehntes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrcostenordnung) | StVV - V 3/2025 |
| 3.4 | Änderung der Ausschussbesetzung (CDU, DIE MÖWEN, Einzelstadtverordneter DIE LINKE) | StVV - V 7/2025 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzt:innen verbessern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) | StVV - AT 16/2024 |
| 4.2 | Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren verbessern! (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) | StVV - AT 17/2024 |
| 5 | Anfragen | |
| 6 | Mitteilungen | |
| 6.1 | Diskriminierungs-Beschwerdestellen nach § 13 AGG in der Bremerhavener Verwaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) | MIT-AF 36/2024 |
| 6.2 | Raumbedarfe der Fichteschule zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage | MIT-AF 35/2024 |

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die 12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der 21. Wahlperiode um 14:30 Uhr.

Er begrüßt die Zuhörenden am Radio sowie vor dem TV und ganz besonders die Auszubildenden zum bzw. zur Verwaltungsfachangestellten. Weiter begrüßt er die Presse und bittet, die Handys abzuschalten.

Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin und stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist und die Sitzungsunterlagen entsprechend der Geschäftsordnung übersandt worden sind.

Er bittet darum, dass aufgrund des Livestreams keine personenbezogenen Daten Dritter genannt werden und dass eine Abmeldung bei der Schriftführung erfolgen möge, falls jemand die Sitzung vorzeitig verlässt und nicht wiederkommt.

Vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem nachträglich eingepflegt bzw. an die Mitglieder verteilt, die nicht am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen:

	Öffentlich	TOP	Bezeichnung
7	Anfragen nach § 39 GOSTVV	1.2 1.3 1.4 1.5 1.6 1.7 1.8	FS 2/2025 FS 3/2025 FS 4/2025 FS 5/2025 FS 6/2025 FS 7/2025 FS 8/2025
8	Mitteilungen auf Anfragen nach § 39 GOSTVV	1.1.1 1.2.1 1.3.1 1.4.1 1.5.1 1.6.1 1.7.1 1.8.1	MIT-FS 1/2025 MIT-FS 2/2025 MIT-FS 3/2025 MIT-FS 4/2025 MIT-FS 5/2025 MIT-FS 6/2025 MIT-FS 7/2025 MIT-FS 8/2025
1	Mitteilung auf Anfragen nach § 38 GOSTVV	6.2	MIT-AF 35/2024
0	Anfragen nach § 38 GOSTVV aus der heutigen Sitzung wurden noch nicht beantwortet		
Auf 0	Anfragen nach § 39 GOSTVV fehlt noch die endgültige Antwort		
	Aus der vergangenen Sitzung sind alle Anfragen beantwortet.		

Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Beschluss (Tagesordnung):

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die geänderte Tagesordnung.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN ruft die Tagesordnung auf.

**TOP
1** **Anfragen in der Fragestunde**

**TOP
1.1** **Maßnahmen gegen das Problem der Auto-Poser und
Raser Wahnsinn, im Schaufenster Fischereihafen
(Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)**

StVV - FS 1/2025

**TOP
1.1.1** **Maßnahmen gegen das Problem der Auto-Poser und
Raser Wahnsinn, im Schaufenster Fischereihafen
(Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage**

MIT-FS 1/2025

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Ist Ihnen bekannt, dass im Bereich Herwigstraße und Oststraße neuerdings vermehrt nächtliche Rennen von Autoposern und Rasern stattfinden?

Bürgermeister NEUHOFF:

Ich kann jetzt nicht für den Magistrat antworten, weil die Anfragen respektive die Antworten durch den Magistrat legitimiert werden. Ich kann Ihnen nur sagen, dass neben der Berichterstattung aus einer hiesigen Zeitung ich ebenfalls Kenntnis habe von Anwohnern, die sich über ein erhöhtes Verkehrsaufkommen jugendlicher Poser und Raser beschweren. Und ich kann Ihnen sagen, dass diese Thematik auch bereits bei den Ordnungsbehörden bekannt ist und wir an einer Lösung gemeinsam mit der FBG arbeiten.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Beispiel, um dem entgegenzuwirken, wäre es vielleicht eine sinnvolle Maßnahme, dort einen Anlieger-Frei-Bereich mit einer zeitlichen Begrenzung von 20:00 Uhr bis morgens um 5:00 einzurichten. Würden Sie vielleicht diesen Vorschlag unterstützen?

Bürgermeister NEUHOFF:

Ich würde Ihre Anregung an die zuständigen Ämter weitergeben mit der Bitte um Prüfung, ob eine Plausibilität dadurch gegeben sein kann.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Eine solche Maßnahme würde der Polizei die Kontrolle der Autoposers und Raser erheblich erleichtern und zu einer spürbaren Beruhigung des Verkehrs in diesem Bereich beitragen. Würden Sie mich da vielleicht unterstützen, dass wir der Polizei mit dieser Maßnahme unterstützend helfen könnten?

Bürgermeister NEUHOFF:

Ich glaube schon, wenn diese Maßnahme, wie von Ihnen gerade dargestellt, zur Lösung des Problems beitragen kann, dann wird es sicherlich keines politischen Beschlusses bedürfen, sondern ich glaube schon, dass wir ämtertechnisch dann die guten Hinweise von der Ortspolizei auch gerne umsetzen werden.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Herr Bürgermeister, ist aus Ihrer Sicht oder aus der Sicht des Magistrates das Problem der Autoposer für Bremerhaven überhaupt zu lösen? Oder sagen Sie, wir können es nicht lösen, wir können eigentlich nur das Problem verschieben?

Bürgermeister NEUHOFF:

Herr Jürgewitz, ich kann wie gesagt nicht für den Magistrat in Allgemeinheit antworten. Ich kann Ihnen sagen, ich hätte mir seinerzeit gewünscht, dass wir die während der Corona-Pandemie auf dem Wilhelm-Kaisen-Platz stattfindenden Treffen durchaus legitimiert hätten. Ich hätte mir gewünscht, dass wir dort ein bisschen offener wären, weil es hat sich damals schon abgezeichnet, dass man dieser Szene nur entgegentreten kann, wenn man sich mit ihnen auseinandersetzt, ein Angebot unterbreitet. Ansonsten wird sich diese Szene immer wieder im Landkreis, aber auch in Bremerhaven Flächen suchen, die sie für ihre Treffen nutzen. Möglicherweise müssen wir zu einem Umdenken kommen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Wenn also das Problem, so höre ich das zumindest bei Ihnen heraus, grundsätzlich nicht zu lösen ist, ist dann nicht der jetzige Standort der Poser-Szene im Fischereihafen der, der am ehesten noch für alle zu ertragen ist aus Ihrer Sicht?

Bürgermeister NEUHOFF:

Herr Jürgewitz, ich glaube schon, dass man das Problem lösen kann. Es wird keine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung geben. Aber ich glaube, dass wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen können. Und ich glaube, bei einem guten Willen würden wir in Bremerhaven oder auch im angrenzenden Landkreis eine Fläche finden, die dafür durchaus genutzt werden könnte.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Sie haben ja schon einiges beantwortet. Das Problem ist ja nicht gerade neu. Das wird auch Ihnen schon länger bekannt sein. Sie haben gesagt, Sie arbeiten daran, da etwas dagegen zu tun. Welche Maßnahmen wurden denn bisher getroffen oder was wurde überhaupt generell dagegen bisher unternommen?

Bürgermeister NEUHOFF:

Es gibt dafür den entsprechenden Fachausschuss der öffentlichen Sicherheit. Der Kollege Grantz steht diesem Ausschuss vor. Und ich werde die Bitte weiterleiten, dass dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses kommt. Und dann kann über die Maßnahmen, über die Erkenntnisse der Polizei, gerne auch mit den Teilnehmern diskutiert werden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

Sie haben ja jetzt von Stufenfreiheit gesprochen, das ist ja eine wichtige Komponente von Barrierefreiheit. Haben Sie auch geprüft, wie viele der Wahllokale ein taktiles Leitsystem haben für Menschen mit Sehbeeinträchtigung, dass sie den Weg zum Wahllokal hin auch gut finden können?

Bürgermeister NEUHOFF:

Auf die Frage kann ich Ihnen keine befriedigende Antwort geben. Die Zuarbeit zu Ihrer Anfrage hat das Bürger- und Ordnungsamt geleistet. Und ich bin nur in Kenntnis der Antwort durch den Magistrat. Gegebenenfalls müssen wir es auf kleinem Wege nachreichen.

Stadtverordnete SCHILLER:

Okay, da würde ich mich darüber freuen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.4 Statistische Erfassung gemeldeter rassistischer Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **StVV - FS 4/2025**

TOP 1.4.1 Statistische Erfassung gemeldeter rassistischer Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **MIT-FS 4/2025**

Stadtverordnete SCHILLER fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete SCHILLER:

Wie kommt der Magistrat dann also in seiner Mitteilung 22/2024 zu der Einschätzung, dass die Sicherheitslage von Personen in Bremerhaven, also Sicherheitslage vor Rassismus, als grundsätzlich gut beziehungsweise sicher zu bewerten ist? Also wenn man ja weiß, dass nicht alles angezeigt wird. Und wie hoch vermutet der Magistrat die Dunkelziffer?

Bürgermeister NEUHOFF:

Frau Schiller, da mir die Mitteilung zu der Anfrage 22 aktuell nicht vorliegt und ich den Inhalt nicht kenne, würde ich darum bitten, dass wir die Beantwortung dieser Frage ebenfalls im Fachausschuss vornehmen. Dort kann sie dann noch mal gestellt werden und der Oberbürgermeister respektive auch die Vertreter des Bürger- und Ordnungsamtes können dann gegebenenfalls darauf direkt antworten.

Stadtverordnete SCHILLER:

Im Dezember vergangenen Jahres hat ja ein alter weißer Mann in akzentfreiem Deutsch öffentlich in einem Video angekündigt, Zitat: „Menschen, die südländisch“, oder ich glaube, arabisch war es, „aussehen, abzustechen.“ Das ist ja eine Terrordrohung. Bewertet der Magistrat diese Terrordrohung als rassistisch?

Bürgermeister NEUHOFF:

Da der Magistrat sich mit dieser Fragestellung nicht beschäftigen konnte, kann der Magistrat hier keine abschließende, einstimmige Meinung zu abgeben.

Stadtverordnete SCHILLER:

Sie verweisen ja in Ihrer Antwort hier auch auf eine Ansprechperson für Interkulturalität. Ich habe ja aber nach Rassismus gefragt. Wo ist da der Zusammenhang? Denn Rassismus ist ja kein interkulturelles Missverständnis, sondern das ist ja eine strukturelle Unterdrückungsform, die mit Gewalt einhergeht. Das ist ja was anderes als Interkulturalität.

Bürgermeister NEUHOFF:

In der Beantwortung Ihrer Anfrage habe ich darauf hingewiesen, dass dieses Thema sehr wohl sensibel im Bereich des Ordnungsdienstes behandelt wird. Und wir unter anderem eine Stelle geschaffen haben, die eben auch ergänzend als Ansprechperson fungiert. Also von daher ist es nicht die direkte Antwort auf Ihre Frage, sondern eben eine Zusatzinformation, dass also auch dort entsprechende Kenntnisse vorliegen, die eine Weiterbehandlung erfordern.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.5 Willkommensklassen bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage StVV - FS 5/2025

TOP 1.5.1 Willkommensklassen bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage MIT-FS 5/2025

Stadtverordnete COORDES fragt.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete COORDES:

Können Sie kurz beschreiben, warum der Magistrat nicht mehr auf die Arbeiterwohlfahrt für die Durchführung der Willkommensklassen zurückgreift?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Das ist ein Interessenbekundungsverfahren, das stattgefunden hat. Und dabei hat sich der Magistrat für die neuen Anbieter entschieden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.6 Unterbrings- und Übergangsmanagement von Geflüchteten (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage StVV - FS 6/2025

TOP 1.6.1 Unterbrings- und Übergangsmanagement von Geflüchteten (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage MIT-FS 6/2025

Stadtverordneter SECCI fragt.

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter SECCI:

Und zwar die differenzierte Aufschlüsselung zu Frage 1, die Sie aus der Kürze der Zeit nicht einreichen konnten oder uns geben konnten, können Sie die gegebenenfalls nachholen?

Stadtrat GÜNTNER:

Ich hätte allerdings auch an Sie eine Bitte, wenn Sie Differenzierung erbitten, dass dann auch bei der Fragestellung auf die entsprechende Differenzierung geachtet wird. Wenn Sie nämlich davon sprechen: Nun sollen die Wohnungen aufgekündigt werden, suggeriert das, alle Wohnungen für Geflüchtete würden aufgekündigt. Und das ist, wie Sie der Antwort entnehmen konnten, ja eben nicht der Fall.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.7 Schließung der Einrichtung "Haus Anker" (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage StVV - FS 7/2025

TOP 1.7.1 Schließung der Einrichtung "Haus Anker" (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage MIT-FS 7/2025

Stadtverordneter SECCI fragt.

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter SECCI:

Gibt es denn Gespräche des Magistrats mit der AWO, aus denen heraus zu schließen ist, wann die AWO sich entscheiden wird? Hat die AWO sich da irgendwie darauf eingelassen?

Stadtrat GÜNTNER:

Erstens ist es so, der Magistrat ist einer der Kostenträger. Zweitens, die Frage, welche Kosten von dem Betreiber der Einrichtung abgerechnet werden können, legen Landesbehörden fest, die auch an den Gesprächen beteiligt sind. Es hat im vergangenen Jahr auf dieser Ebene unter Beteiligung auch der Stellen des Magistrats Gespräche gegeben, die das Ziel hatten, zu einer Kostenanpassung zu kommen. Die muss allerdings auch entsprechend begründet sein. Das ist in diesen Gesprächen dort nicht gelungen oder jedenfalls nicht abschließend gelungen. Und parallel dazu hat dann die Arbeiterwohlfahrt mitgeteilt, dass sie die beiden Einrichtungen schließen will. Es finden weitere Gespräche dazu statt. Klar ist, dass wir am Ende als einer der Leistungsträger auch an diesen Gesprächen beteiligt sind, wir ein Interesse daran haben, dass es für die Menschen Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Aber erst mal liegt der Ball bei der AWO. Und zum Zweiten liegt der Ball bei denen, die festlegen, welche Kosten dann in solchen Einrichtungen auch entsprechend abgerechnet werden können. Aber klar ist, dass für diese Menschen, und das ist zweifelsfrei so, eine entsprechend geeignete Unterbringung dann gefunden werden muss.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.8 Aufklärung über verunreinigtes Heroin (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage

StVV - FS 8/2025

TOP 1.8.1 Aufklärung über verunreinigtes Heroin (Fraktion DIE MÖWEN) - Tischvorlage

MIT-FS 8/2025

Stadtverordnete BRAND fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete SCHILLER:

Wir als Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P sind noch darüber gestolpert, dass wir ja in Bremerhaven auch das Jumpln haben, in dem aber, soweit wir das verstehen,

nicht getestet wird. In dem Drogenkonsumraum in Bremen wird unseres Wissens nach aber getestet, also wird das getestet, was die Konsument:innen dabei haben, bevor sie es konsumieren, damit sie wissen, dass das nicht gestreckt ist. Gibt es solche Pläne auch für Bremerhaven? Und wenn nein, warum nicht?

Bürgermeister NEUHOFF:

Die Antwort kann ich Ihnen heute nicht geben. Für die Beibringung der Antwort, die ich gerade vorlesen durfte, waren seinerzeit verantwortlich die Ortspolizeibehörde und das Gesundheitsamt in Kooperation. Meine Bitte ist, dass Sie diese Frage schriftlich bei uns einreichen. Und wir die, sage ich mal, Beantwortung dann in den jeweiligen Fachausschüssen noch mal nachliefern. Ich glaube, der Gesundheitsausschuss tagt am 19. Februar. Möglicherweise kann da schon auf diese Frage eine Antwort gegeben werden. Ich bitte um Nachsicht, ich bin zwar der Vertreter, aber ich bin nicht der Hauptdezernent und deswegen stecke ich nicht so tief in dem Thema drin.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

**TOP
2** **Genehmigung der Niederschrift**

**TOP
2.1** **Genehmigung der Niederschrift (10. öffentliche Sitzung)**

StVV - V 5/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD) und 1 Enthaltung (SPD).

**TOP
2.2** **Genehmigung der Niederschrift (11. öffentliche Sitzung)**

StVV - V 6/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD) und 4 Enthaltungen (Grüne+P, WfB, MÖWEN).

**TOP
3** **Vorlagen**

**TOP
3.1** **Neuwahl einer Vertretung im Jugendhilfeausschuss
beim Amt für Jugend, Familie und Frauen**

StVV - V 93/2024

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl von Frau Beeke Koop als Vertreterin von Herrn Michael Baucks im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen zu.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

**TOP
3.2** **Entlastung des Magistrats aus der Haushaltsrechnung
2022**

StVV - V 2/2025

Stadtverordneter VENTZKE:

Wie immer nach einem Haushaltsjahr befasst sich das Rechnungsprüfungsamt mit den Zahlen des abgeschlossenen Haushaltsjahres, hier reden wir über das Jahr 2022. Dass es einige Zahlen und Anmerkungen geben wird, sei an dieser Stelle nochmal erwähnt. Es gab zu der Zeit Corona, also von 2020 bis 2023, man vergisst das ja häufig, deswegen diese Anmerkungen. Dabei handelt es sich nicht nur um den zusammengefassten Schlussbericht, sondern auch um Beanstandungen, Mängel und um bedeutsame Anregungen und Vorschläge des Rechnungsprüfungsamtes. Dafür möchten wir uns bei Ihnen, Herr Thiele und Ihrem Team bedanken für diesen ausführlichen Bericht. Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes sind Bau- und Vergabeprüfungen, Belegprüfungen, Kassenprüfungen und Einzelprüfungen. Darüber hinaus sind weitere Aufgaben die begleitenden Prüfungen sowie beratende Tätigkeiten. Wichtig dabei sind enge und lösungsorientierte Handlungen in Zusammenhang mit den Fachämtern, aber auch kritische Betrachtungen sowie frühzeitige Informationen, damit das Rechnungsprüfungsamt in die Entscheidungsprozesse eingebunden ist. Was in dem Bericht bemerkenswert ist, es gibt einen regelmäßigen Austausch innerhalb des Rechnungsprüfungsamtes der Mitarbeiter untereinander. Damit ein permanenter und langfristiger Wissenstransfer gewährleistet ist. Das würden wir uns in anderen Ämtern manchmal auch wünschen. Der Prüfungsauftrag wird nach der Landeshaushaltsordnung geregelt. Und das Rechnungsprüfungsamt muss folgende Prüfungen, also die Rechnungen, das Vermögen, die Schulden, die Verwahrungen, die Vorschüsse der Verwaltung sowie die Wirtschaftsführung der wirtschaftlichen Unternehmen, an denen die Stadt als Gesellschafterin oder Aktionärin beteiligt ist, prüfen. Dabei ist zu erwähnen, dass das RPA nicht die Beteiligung der städtischen Gesellschaften prüft, wie es in anderen Städten der Fall ist. Diese Gesellschaften werden durch das

Beteiligungsmanagement der Stadtkämmerei geprüft. Die Prüfung des RPA erstreckt sich auf Folgendes: die Einhaltung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes, die begründeten Einnahmen und Ausgaben, deren Belege und die Haushaltsrechnung und der Vermögensnachweis ordnungsgemäß aufgestellt ist, wirtschaftlich und sparsame Verfahren und die Aufgabe mit geringem Personal und Sachaufwand wirksam erfüllt wird. Auch im Rechnungsprüfungsamt mittlerweile hat die Elektronik Einzug gehalten, sodass eine Rechnungsprüfung ohne die Anforderung zahlungsbegründeter Unterlage möglich wurde. Das heißt also, Unterlagen müssen nicht zwischen den Ämtern hin- und hergeschoben werden, sondern hier kann das Rechnungsprüfungsamt direkt zugreifen. Und somit ist der Zeitaufwand geringer. Des Weiteren führt das Rechnungsprüfungsamt Schulungen für alle Mitarbeiter der Verwaltung durch, diese wurden sehr zahlreich genutzt. Wie schon erwähnt, ist das RPA ja auch beratend tätig, insbesondere für die bauenden Bereiche, damit die Rahmenvorgaben und gesetzlichen Regelungen erleichtert wurden. Zur Erwähnung, es wäre hilfreich, zeitlich und finanziell können erhebliche Einsparungen erfolgen, wenn es eine zentrale Vergabestelle innerhalb der Verwaltung geben würde, in Bremen ist das zum Beispiel der Fall. Kommen wir zum eigentlichen Haushalt 2022. Die Einnahmen von 2021 auf '22 sind gestiegen um 5,7 %, allerdings nicht die Steuereinnahmen, aber es gab erhöhte Einnahmen aus der Tourismusabgabe, also der Citytax und unter anderem auch aus der Vergnügungssteuer. Denn in dieser Zeit haben die Gaststätten und Spielhallen wieder geöffnet, was ja ein Jahr davor in der Corona-Zeit nicht der Fall war. Für die konsumtiven Einnahmen waren unter anderem die Zuweisungen von Bund und Land zuständig, denn diese waren um 20 Mio. gestiegen. Allerdings die investiven Einnahmen waren in etwa der gleichen Höhe rückläufig. Die Ausgabenseite insbesondere bei Personal 7 % und Sozialleistungen 7,3 % hatten sich allerdings erhöht. Hier machten sich allerdings auch die Unterbringung und Betreuung, wir erinnern uns, der ukrainischen Flüchtlinge bemerkbar. Im investiven Bereich waren gerade Positionen wie Schulbau, Kita-Ausbau, Zuschüsse für Seestadt Immobilien vom Planwert abgewichen. Ich glaube, jeder erinnert sich daran, über diese Diskussion, die wir hatten, Neubau und ähnliche Dinge. Seit 2020 unterliegt der Bremische Haushalt der Schuldenbremse. Dies bedeutet, der Haushalt muss ohne Einnahme von Krediten ausgeglichen sein. Warum erwähne ich das? Am 16.12.2021 hat die Stadtverordnetenversammlung eine außergewöhnliche Notsituation festgestellt. Dies ermöglicht dann doch wieder Kredite aufzunehmen, um die Belastungen zu mildern, allerdings darf nur über ein Jahr abgestimmt werden und nicht über einen weiteren Zeitraum. Also im Folgejahr muss dann erneut abgestimmt werden. 2022 bestand die Notsituation noch und die Kreditaufnahme betrug 36,5 Mio. €. Dem Stabilitätsrat obliegt die Überwachung der Haushalte und er ist ein Instrument des Bundes und der Länder. Der Vollständigkeit halber seien noch die Sanierungshilfen des Bundes erwähnt, aus diesem das Land und somit auch die Kommune Bremerhaven zur Stärkung der Finanz- und Wirtschaftskraft jährliche Summen erhält. Die Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2022 wurden am 16.12.21 beschlossen. Über den Nachtragshaushalt und die Nachtragshaushaltssatzung am 22.09.22, und, das ist wesentlich, die Genehmigung des Senats in Bremen erfolgte am 18.10.2022. Kommen wir jetzt zu den Fakten. Im Allgemeinen werden in diesem Bericht auch Daten über das Personal der Verwaltung beigelegt. Leider lag kein Personalbericht vor. Aus dem Stellenplan allerdings ist ersichtlich, dass es insgesamt 4.835 Stellen, Beamten und Beschäftigte in der Stadt Bremerhaven gab. Davon allerdings 2.948 in der Verwaltung, der Rest sind Mitarbeiter von Polizei und Schulen. Im Jahr 2022 waren 419 Stellen unbesetzt. Was wurde im Jahre 2022 noch geprüft? Zum Beispiel Amt 91, Bürger- und Ordnungsamt, Anbindung des Fachverfahrens an ProFiskal, Amt 21, das ist die Stadtkasse, Altdatenbereinigung, Amt 11, das ist das Personalamt, Dienstunfallfürsorge. Des Weiteren Verzicht auf Schulgeld bei nicht schulpflichtigen selbstzahlenden Umschülern, Beschaffung von Bewegungsgeräten innerhalb der Förderung „Gute KiTa-Gesetz“ und vergaberechtliche Beratung Überholung zum Beispiel der MS Hansa. Jeder weiß, dass der Dampfer hier in der Werft war. Bei den

Prüfungen im Bereich Vergabe waren zum Beispiel Malerarbeiten der Heinrich-Heine-Schule geprüft worden oder der Rahmenvertrag für die Abholung, Beförderung und Zustellung von Paketen durch das Personalamt. Das Rechnungsprüfungsamt hat am häufigsten festgestellt, dass unvollständige oder fehlerhafte Dokumentationen festgestellt wurden, beziehungsweise die getroffene Entscheidung war nicht nachvollziehbar. Gerade in diesen Bereichen waren die Schulungen hilfreich, die das RPA durchführte. Eine weitere wichtige Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes sind die Prüfungen im Bereich Zuwendungen. 2022 handelt es sich dabei um die Höhe von 77,4 Mio. € in 853 Einzelfällen. Wobei das Amt für Jugend, Familie und Frauen und das Referat für Wirtschaft die höchsten Beträge aufwiesen. Auch in diesen Bereichen muss das RPA feststellen, dass es Fortbildungsbedarfe gab. Kommen wir zum letzten Punkt, und zwar die Rücklagen. Seit dem Inkrafttreten der Schuldenbremse konnten die Rücklagen zum Ausgleich des Haushaltes eingesetzt werden. Diese unterteilen sich in Drittmittelrücklage, kapitalbezogene Rücklagen und Spezialrücklagen. Sie finden das ja alles in den Unterlagen, die wirklich sehr reichhaltig sind. Zusammenfassend hat das RPA keine Anhaltspunkte erkennen können, die gegen die Einhaltung der Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Grundsätze sprechen würden, also Sie müssten das ja gleich nachfragen, ansonsten noch mal vielen Dank Herr Thiele an Sie, an Frau Pinter und Frau Reichert, die für diesen ausführlichen Bericht gesorgt haben. Und tatsächlich auch bei Nachfragen hervorragende Auskünfte gegeben haben.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung entlastet den Magistrat gemäß § 70 VerfBrhv aus der Haushaltsrechnung 2022.

Der Beschluss ergeht bei 6 Enthaltungen (BD, Lichtenfeld, Schuster).

TOP 3.3 **Vierzehntes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung)**

StVV - V 3/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf des Vierzehnten Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung) wird als Ortsgesetz beschlossen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

TOP 3.4 **Änderung der Ausschussbesetzung (CDU, DIE MÖWEN, Einzelstadtverordneter DIE LINKE)**

StVV - V 7/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Antrag der Fraktion DIE MÖWEN auf Neubildung der Ausschüsse zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit sofortiger Wirkung die Sitzverteilung der 10 ordentlichen Mitglieder in den Ausschüssen, unter Berücksichtigung von § 41 Abs. 2 Satz 3 GStVV, wie folgt:

Fraktion	neu
SPD-Fraktion	4 Sitze
CDU-Fraktion	3 Sitze
Fraktion B'90/Die Grünen + P	1 Sitz
BD-Fraktion	1 Sitz
WfB-Fraktion	1 Sitz
FDP-Fraktion	1 Sitz
Fraktion DIE MÖWEN	1 Sitz
AfD-Gruppe	1 Sitz

Die Stadtverordneten Kocaaga, Lichtenfeld und Schuster erhalten gemäß § 41 Abs. 2 Satz 4 GStVV in bis zu vier Ausschüssen je einen Sitz als beratendes Mitglied.

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit sofortiger Wirkung eine Änderung in der Besetzung der Ausschüsse entsprechend der zur Sitzung vorgelegten Liste (Anlage).

Der Beschluss ergeht einstimmig.

TOP
4 **Anträge**

TOP
4.1 **Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzt:innen verbessern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)**

StVV - AT 16/2024

Stadtverordnete COORDES:

Wir wollen die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Ärztinnen und Ärzte in Bremerhaven verbessern. Was ist der Ausgangspunkt? Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen hat im Rahmen einer Berichterstattung im Gesundheitsausschuss am 28.03.2023 dargelegt, dass der bisherige Rückbau an Studienplätzen zukünftig zu einem erheblichen Mangel an Ärztinnen und Ärzten

führen wird. In der Ausschusssitzung wurde eine Projektion für die Bundesebene, bezogen auf das Jahr 2035 vorgestellt. Und ausgeführt, dass unter der Berücksichtigung der Zuwanderung ein Absinken des Versorgungsgrades, das ist jetzt der Bund, auf 71 % des heutigen Niveaus bundesweit erwartet werden kann. Für das Bundesland Bremen wurde ein noch größerer Einbruch prognostiziert. Das bedeutet, wenn diese Entwicklung, so wie sie in der Projektion dargestellt worden ist, so eintreffen würden, hätten wir eine medizinische Versorgungsnotlage. Weiter wurde durch die KVH Bremen in dem Bericht ausgeführt, dass sich dieses große Defizit nur durch Zuwanderung von Ärzt:innen kompensieren lässt. Hinsichtlich dieser Entwicklung, und das ist der Auslöser dieses Antrages, ist es absolut notwendig, möglichst viele Ärzte und Ärztinnen sowie Angehörige akademischer Heilberufe mit Wohnsitz hier in Bremerhaven für eine Ausübung ihres Berufs hier in unserer Stadt zu gewinnen. Das gilt insgesamt aber eben auch für geflüchtete Ärztinnen und Ärzte, denen dieser Antrag gilt. Er gilt auch den Angehörigen akademischer Heilberufe, die ich aber jetzt im Einzelnen nicht immer noch mal zusätzlich erwähne. Aus unserer Sicht müssten wir eine Art Willkommenssystem der Kommune schaffen, um das zu gewährleisten, dass eben die Ärzte, die zu uns kommen, auch hierbleiben. Die fachlich Verantwortlichen müssen frühzeitig auf die geflüchteten Ärztinnen und Ärzte zugehen für eine Tätigkeit in der Kommune werben und Unterstützungsangebote der Kommune vorstellen oder Kontakt zu den zuständigen Stellen herstellen. Was genau ich meine, erzähle ich Ihnen jetzt an einem ganz konkreten Beispiel: Anfrage der FDP vom 11.12.2023: alarmierende Hürden für Ärzteniederlassung in Bremerhaven, Magistrat gefordert, Anfrage von Herrn Freemann. Herr Freemann fragt, welche Strategien der Magistrat verfolgt, um die ärztliche Versorgung nachhaltig zu stärken. Im Rahmen der Antwort des Magistrats wird beschrieben, dass das Gesundheitsamt als Kümmerer bereitsteht, dass Unterstützung bei der Suche nach Praxisräumen oder Kitaplätzen geboten wird. Aber auch, dass Kontakte zu entscheidenden Stellen wie KVH und Ärztekammer kommuniziert und hergestellt werden. Großartig. Großartig, dass das ist. Und ich meine das überhaupt nicht ironisch. Aber wir wissen doch gar nicht im Moment, das ist der Istzustand, wo die Ärztinnen und Ärzte hier, genau die hier im Bleibestatus im SGB II im Bürgergeldbezug sind. Denn Folgendes ist der Istzustand, und den müssen wir verändern, wenn sie ein Bleibestatus haben, wo auch immer sie herkommen, werden sie fest hierbleiben. Sie gehen dann in die Anerkennungsverfahren, die ewig lange dauern. Das ist ein anderer Punkt. Und sind dann im Zuge dieser Anerkennungsverfahren in den Sprachkursen. Wir wissen aber nicht, wo, in welchen Sprachkursen sich die Ärztinnen und Ärzte aus anderen Ländern dann befinden. Und wenn wir das nicht wissen, wie sollen wir denn als Kommune auf sie zugehen? In einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales wurde meinerseits die Leitung des Jobcenters gefragt, ob es eine statistische Erfassung gibt. Das wurde verneint. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Aus unserer Sicht bei dieser Ausgangssituation und diesem Mangelberuf muss das Jobcenter, und kann es auch, statistisch erfassen. Und müsste kommunizieren mit dem Gesundheitsausschuss, das wäre der eine Punkt, damit wir eine Übersicht haben. Dann müssten wir erreichen, und das ist der Knackpunkt, dass wir alle Ärztinnen und Ärzte zu einem Sprachkursträger zuweisen können, der auch die medizinischen Berufssprachkurse anbietet. Weil die müssen sie alle für die Anerkennung haben. Das ist zurzeit rechtens nicht möglich, weil wir die freie Trägerwahl haben. Aber wir können in einem Modellprojekt versuchen, genau das zu erreichen. Und diese drei Punkte müssten verändert werden. Und das ist die Zielsetzung des Antrages.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Dieser Antrag von den Grünen kann eigentlich nur als Wunsch-dir-was bezeichnet werden. Und ich erkläre Ihnen auch gleich weshalb. Zunächst einmal, natürlich, im Bestreben, die medizinische Versorgung in dieser Stadt zu verbessern, ich glaube, da sind wir uns alle einig, da muss was getan werden. Und da sollte auch möglichst viel

getan werden. Aber der Antrag, der hier jetzt vorliegt, ist totaler Blödsinn, wenn ich das mal so sagen darf. Der Antrag fordert unter anderem, dass Geflüchtete sowie deren Angehörige in Bezug auf medizinische Qualifikation hin zu dokumentieren sind und im Land Bremen dann zu verteilen sind. Ebenso soll eine angemessene Verteilung der Geflüchteten dann ja entsprechend nach medizinischem Hintergrund geprüft und umgesetzt werden. Mal abgesehen vom Datenschutz, wir reden hier nämlich auch von den Angehörigen, die hier noch mit reinkommen, sehen wir von Bündnis Deutschland noch ein weiteres Problem. Denn wenn eine Person wegen ihres möglicherweise auszuübenden Berufes anders, vielleicht sogar bevorzugt auf eine Gemeinde verteilt wird, klingt das sehr nach Diskriminierung. von daher wird es auch aus diesem Grund sehr wahrscheinlich rechtlich gar nicht möglich sein, diesen Wunsch umzusetzen. Und Frau Coordes, Sie haben ja eben gesagt, Sie können gar nicht begreifen, dass es im Jobcenter keine Statistik über den Job gibt, über die Berufsqualifikation gibt. Natürlich werden die dort grundsätzlich erfassen, was für einen Beruf jemand ausübt. Aber eine Statistik ist dort gar nicht notwendig. Natürlich, das steht doch in deren Unterlagen drin, damit sie wissen, wo sie zu vermitteln haben, meine liebe Frau Coordes. Aber eine Statistik ist dort überflüssig, weil wenn es eine Statistik gibt anhand derer etwas verteilt werden soll, dann muss man es machen, bevor die in das Jobcenter kommen, nämlich beim BAMF. Und liebe Frau Coordes, deswegen ist das Jobcenter die falsche Adresse für die Statistik. Das hat man Ihnen übrigens auch im Ausschuss Arbeit und Soziales gesagt. Ich war nämlich auch da. Und da haben Sie nämlich genau diese Fragen gestellt, die auf diesen Antrag abzielen. Und man hat Ihnen gesagt: Das ist nicht möglich, dies ist nicht möglich und jenes ist nicht möglich, eben weil. Das heißt, warum das alles nicht geht, der gesamte Antrag, das hat man Ihnen bereits im Ausschuss gesagt. Von daher, wir haben nämlich zugehört, das was drinsteht, geht nicht, deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Frau Tiedemann, ich möchte Sie darum bitten zukünftig Äußerungen wie, dass der Antrag blödsinnig ist, zu unterlassen. Ich kann mir gut vorstellen, wenn Sie so was zu hören bekommen hätten, hätten Sie sich sehr echauffiert. Und wenn man die Reaktion an den Tag legt, die Sie an den Tag gelegt haben, dann muss man selbst mit solchen Worten vielleicht auch zurückhaltend umgehen.

Stadtverordnete BATZ:

Grüne+P haben hier einen Antrag eingebracht, der, das habe ich zumindest verstanden, Frau Coordes, im Kern zum Ziel haben soll, die Arbeitsmarktqualifikation und Integration von geflüchteten Ärzten in Bremerhaven zu beschleunigen und zu verbessern. Und um das mal klar vorwegzunehmen, ja, auch wir begrüßen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, Qualifikationen anzuerkennen und Menschen in Beschäftigung zu bringen. Aber dann sollten wir uns auch auf Maßnahmen beschränken, die regional umsetzbar sind. Bei genauerer Betrachtung Ihres Antrages fällt dann leider auf, dass diese unausgereift sind und in der Praxis dementsprechend leider nicht umsetzbar sind. Sie versuchen den Eindruck zu vermitteln, dass sich der Ärztemangel in Bremerhaven durch ein paar Maßnahmen oder einen Maßnahmenkatalog schnell und unbürokratisch lösen lasse. Lassen Sie mich also gerne mal kurz ausführen, warum das nicht so einfach ist wie von Ihnen hier skizziert. Fangen wir mit dem Offensichtlichsten an. Sie fordern, dass der Magistrat die berufliche Qualifikation geflüchteter Ärzte systematisch erfasst und dann darüber im Gesundheitsausschuss berichten soll. Da geht es aber schon los. Das ist ganz gewiss keine Kompetenz der Stadt Bremerhaven, auch keine, die ihr was bringt, sondern Aufgabe, die mal mindestens auf Landesebene angesiedelt ist. Und das ergibt auch Sinn. Alleine die Approbationsverfahren für ausländische Ärzte unterliegen ja nicht ohne Grund strengen Auflagen der entsprechenden

Landesprüfungsämter. Und für die Anerkennung des Studiums sind detaillierte Fachprüfungen nötig, sind Praxisnachweise nötig, die Kenntnisprüfung, Sprachniveaubestätigung auf C1-Niveau mit medizinischer Fachsprache. Und wenn Sie das jetzt alles in einer kommunalen Statistik nachhalten wollen, führt das doch zu keiner Beschleunigung, sondern nur zu zusätzlicher Bürokratie ohne nennenswerten praktischen Mehrwert. Ich möchte doch wirklich sehr dafür plädieren, dass wir den bestehenden Strukturen, dass wir an denen ansetzen und diese verbessern. Und nicht, dass wir neue Doppelstrukturen ohne klare Zuständigkeiten etablieren. Weiter fordern Sie, zu prüfen, ob geflüchtete Ärzte gleichmäßig zwischen Bremen und Bremerhaven verteilt werden können. Da frage ich mich dann schon, welche konkreten Kriterien sollen für diese Verteilung herangezogen werden? Vor allem bei denen, deren Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind und deren Qualifikation Sie im Zweifelsfall noch gar nicht beurteilen können. Und darauf aufbauend würde die nächste Frage ja lauten, wollen Sie dann geflüchtete Ärzte gegen Ihren Willen in bestimmte Städte oder Gemeinden schicken? Wer entscheidet denn darüber, ob eine Ärztin oder ein Arzt in Bremen und Bremerhaven arbeiten soll? Und vor allem, wie soll das rechtlich durchsetzbar sein? Also mit diesen, gerade von Ihnen propagiertem Willkommenssystem hat das in meinen Augen nicht viel zu tun. Das ist unausgegoren und das wird auch den Menschen und ihren persönlichen Lebenssituationen und Bedürfnissen in keiner Weise gerecht. Und die eigentlichen Herausforderungen, wie langwierige Anerkennungsverfahren oder fehlende Praxisanbindung, die haben Sie damit noch nicht mal ansatzweise thematisiert. Da würde ich mir statt einer fragwürdigen Diskussion um mögliche Verteilungsquoten doch wünschen, dass wir den Fokus auf eine bessere Unterstützung bei der Anerkennung und der gezielten Integration in schon bestehende Strukturen legen. Und besonders gewundert hat mich dann, liebe Grüne+P, das Thema Sprachkurse, das ich hier in Ihrem Antrag schon wiederfinde. Warum? Das ist bereits erörtert worden. Weil das bereits in der Ausschusssitzung vom 12. November besprochen wurde. Und ich finde, die Leiterin des Jobcenters hat Ihnen plausibel und nachvollziehbar dargelegt, warum Sprachkurse für eine so kleine Personengruppe nicht realisierbar sind. Erst mal, ohne ein Mindestsprachniveau, in dem Fall C1 für Ärztinnen und Ärzte, ergibt eine fachspezifische Sprachförderung keinen Sinn, da die Kursteilnehmenden sonst überfordert sind. Das muss also erst mal erreicht sein. Und diese Grundbefähigungskurse, die gibt es in Bremerhaven Gott sei Dank schon. Gut auch, Frau Coordes, dass Sie Ihr eigenes Argument mit dem Hinweis auf die freie Trägerwahl dann sowieso schon ad acta gelegt haben. Jetzt sollte es also darum gehen, den Fokus auf die Anerkennung zu legen. Wenn Sie jetzt einen extra Sprachkurs nur für Mediziner:innen fordern, weil das eben ein gefragter Beruf ist, wird es das dann in Zukunft für andere Berufsgruppe auch geben? Also gibt viele Berufe, wo wir einen Fachkräftemangel zu verzeichnen haben. Ich bin gespannt, was für spezielle Sprachkurse wir denen dann alle zugutekommen lassen. Und was auch überhaupt noch nicht geklärt ist an der Stelle, ist, wer denn die zusätzlichen Kosten für diese Sprachkurse dann tragen darf, wenn es bereits etablierte Förderprogramme von BAMF und Jobcenter gibt? Also um es mal kurz zu machen, Sie ignorieren mit Ihrem Antrag bereits bestehende Strukturen und Verantwortlichkeiten. Sie schlagen Maßnahmen vor, die rechtlich zumindest mal fragwürdig sind. Und damit praktisch nicht umsetzbar. Und die Antwort auf die Frage, wie Sie das alles finanzieren wollen, die bleiben Sie gleich ganz schuldig. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Stadtverordneter ÖNAL:

Der Antrag der Grünen basiert auf verzerrten Darstellungen und ignoriert sowohl die bestehenden Maßnahmen als auch die klar geregelten Zuständigkeiten. Wie bereits mehrfach betont, erst mal im Arbeits- und Sozialausschuss, im Gesundheitsausschuss und jetzt noch mal in der Stadtverordnetenversammlung, liegt die Anerkennung ausländischer ärztlicher Abschlüsse in der Verantwortung der Landesbehörden. Bremerhaven erfüllt seine arbeitsmarktpolitischen Aufgaben. Das

Jobcenter bietet Sprachkurse, individuelle Beratung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt an. Am 12. November 2024 hat die Geschäftsführerin des Jobcenters im Ausschuss für Arbeit und Soziales deutlich gemacht, es gibt 18 geflüchtete Ärztinnen und Ärzte im Leistungsbezug. Sie befinden sich entweder in Sprachkursen, Anerkennungsverfahren oder gehen bereits einer Tätigkeit nach. Die Verfahren laufen individuell und lassen sich nicht pauschal beschleunigen oder vorhersagen. Erste Ermittlungserfolge wie Einstellung in einem Krankenhaus zeigen, dass die bestehenden Maßnahmen schon greifen. Die Grünen ignorieren diese Fakten und erwecken den Eindruck, als würde Bremerhaven nicht genug tun. Dies ist nicht nur falsch, sondern auch kontraproduktiv. Statt zusätzliche Bürokratie zu fordern, sollten wir vielleicht vorhandene Strukturen stärken und das Land Bremen stärker in Verantwortung nehmen. Bremerhaven unterstützt geflüchtete Fachkräfte gezielt und erfolgreich. Der Antrag der Grünen trägt nicht zur Lösung bei, sondern schafft unnötigen Verwaltungsaufwand und lenkt eigentlich von den eigentlichen Herausforderungen ab. Daher lehnen wir diesen Antrag auch ab.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzten verbessern. In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen im Gesundheitswesen ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir in Bremerhaven und Bremen nicht ausschließlich auf die Zuwanderung geflüchteter Ärzte setzen, um den drohenden Ärztemangel zu bekämpfen. Die Abhängigkeit von externen Fachkräften kann langfristig zu einer unsicheren Versorgungslage führen, da wir nicht garantieren können, dass ausreichend geflüchtete Mediziner, Medizinerinnen dauerhaft in unserer Region bleiben. Während die Integration von geflüchteten Fachkräften zweifellos eine wertvolle Ergänzung für unser Gesundheitssystem darstellen kann, sollten wir uns primär darauf konzentrieren, die Ausbildung und Qualifizierung unserer eigenen Nachwuchsmediziner, -medizinerinnen zu fördern. Die Schaffung ausreichender Studienplätze in der Medizin ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass junge Menschen aus Bremerhaven und Bremen die Möglichkeit haben, ihre beruflichen Träume zu verwirklichen. Eine solide medizinische Ausbildung vor Ort stärkt nicht nur die lokale Gesundheitsversorgung, sondern trägt auch zur langfristigen Stabilität unseres Gesundheitssystems bei. Wenn wir in die Ausbildung unserer eigenen Talente investieren, schaffen wir eine nachhaltige Lösung für den Fachkräftemangel und fördern gleichzeitig die Identifikation der Studierenden mit ihrer Heimatregion. Dies ist besonders wichtig, da viele Absolventen, Absolventinnen nach ihrem Studium in der Region bleiben möchten, wenn sie hier ausgebildet wurden. Darüber hinaus ist es wichtig, dass wir attraktive Rahmenbedingungen schaffen, um junge Menschen für eine Karriere im Gesundheitswesen zu begeistern. Finanzielle Anreize und Stipendien sind entscheidend, um talentierte Jugendliche dazu zu ermutigen, ein Medizinstudium aufzunehmen. Zudem sollten wir praxisnahe Ausbildungsangebote und Mentorenprogramme etablieren, die den Studierenden helfen, sich frühzeitig mit dem Berufsalltag vertraut zu machen. Indem wir unsere eigenen Ressourcen mobilisieren und gezielt in die Ausbildung investieren können wir sicherstellen, dass Bremerhaven und Bremen über ausreichende qualifizierte Ärzte, Ärztinnen verfügen, die sich langfristig in unserer Region engagieren. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung von Kooperation zwischen Hochschulen und lokalen Gesundheitseinrichtungen. Solche Partnerschaften ermöglichen es den Studierenden, praktische Erfahrungen zu sammeln und gleichzeitig einen direkten Bezug zur regionalen Versorgungslandschaft herzustellen. Dies könnte dazu beitragen, dass mehr Absolventen nach ihrem Studium in der Region bleiben und dort arbeiten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir uns nicht alleine auf geflüchtete Ärzte verlassen sollten. Vielmehr müssen wir proaktiv an der Ausbildung unserer eigenen Mediziner arbeiten und ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen bieten. Nur so können wir eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in Bremerhaven und Bremen gewährleisten. Es liegt in unserer Verantwortung, die

Weichen für eine nachhaltige medizinische Versorgung zu stellen durch Bildung, Engagement und Investition in unsere eigene Zukunft. Aus diesen Gründen lehne ich den unrealistischen, ideologischen Antrag der Grünen ab.

Stadtverordnete COORDES:

Mit Kritik muss man aber leben. Sie sollte sachgerecht sein, Frau Tiedemann, Sie diskutieren hier einen Antrag, den ich gar nicht gestellt habe. Ich will hier, Punkt 1, keine Angehörigen umverteilen, sondern es geht um die Angehörigen akademischer Heilberufe, so. Und wenn jemand etwas nicht möchte, dann wird es natürlich auch nicht gemacht. Was ist denn der Kern? Der Kern ist, dass wir die Medizinerinnen und Mediziner brauchen und hier halten müssen. Und nun habe ich es ja schon am Beispiel von Herrn Freemann, weil das wirklich gut passt, beschrieben. Wir wollen einfach nur den Zugang zu den Medizinerinnen und Medizinern, die hier in Bremerhaven in Sprachkursen, die sie im Laufe der Anerkennungsverfahren absolvieren müssen, die hier sind. Die sind bei unterschiedlichen Trägern, das ist eine Schwierigkeit. Wir müssen für diesen Standort werben. Es ist nicht selbstverständlich, dass Medizinerinnen und Mediziner heutzutage in Deutschland bleiben, weil woanders die Arbeitsbedingungen besser sind. Das ist der Kern der Struktur, die ich will. Ich will auch keine neuen Berufssprachkurse schaffen, die gibt es. Und es gibt natürlich B1-, B2-Kurse. Es wäre sinnvoll, hören Sie zu, Frau Tiedemann, es wäre sinnvoll, wenn wir zuweisen könnten an einen Träger, und den haben wir, der B1 macht, B2 macht und dann die Berufssprachkurse. Dann wäre es für uns als Kommune leichter, die Medizinerinnen und Mediziner zu erreichen. Und genau das müssen wir. Und da wir aber nicht wissen, und das will ich noch mal erklären, wie viele geflüchtete Menschen hier über die ZAST, also über die Zentrale Aufnahme in Bremen ankommen, in diesem Berufsfeld ist es natürlich legitim, so sehe ich das, das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass man jemanden zwingen will. Wir müssen doch wissen, wie viele kommen überhaupt in diesem Berufsfeld. Das möchte ich wissen. Und dann würde ich gerne verhandeln, wie wir da verteilen. Und das heißt nicht, dass da jemand gezwungen wird. Wissen Sie, was ich nicht verstehe? Wir müssen über die heutige Lage, die wir derzeit politisch diskutieren, nicht diskutieren, wenn wir in der Arbeitsmarktintegration gerade benötigter Fachkräfte, und das ist ein ganz spezielles Gebiet, besser, schneller, und nicht so verhaftet in alten Strukturen, werden. Und das ist keine Zuweisung an irgendeine Partei, da können wir alle mal ganz schön Selbstreflexion betreiben. Und wenn ich mich hier hinstelle und Ihnen sage, und das ärgert mich, und das kriegen Sie jetzt auch, was wir sachlich wollen, habe ich Ihnen an einem Beispiel geschildert. Was ist falsch, wenn Frau Toense frühzeitig auf die angehenden Medizinerinnen und Mediziner, das sind ja noch, weil sie die Anerkennung nicht haben, zugeht und sagt: „Wir würden uns freuen, wenn Sie in Bremerhaven tätig werden. Wir helfen Ihnen bei der Suche nach Praxisräumen, wir helfen Ihnen bei Kitaplätzen. Wir helfen Ihnen bei Schulplätzen.“ Daran ist gar nichts falsch. Und genau das ist unser Ziel. Und genau dafür müssen wir Strukturen schaffen. Und genau das ist der Punkt. Und dann einen Antrag als Blödsinn zu bezeichnen, der der Kommune helfen will und nur in einem einzigen Punkt nicht geht. Und den habe ich offen und ehrlich benannt, das ist der Punkt, dass wir nicht zuweisen können. Das stimmt. Aber wir könnten mit dem BAMF besprechen, ob wir es machen, um es der Kommune leichter zu machen. Und wenn wir solche Diskussionen in der Zukunft den Menschen da draußen weiter zumuten, dann müssen wir uns über die aktuelle politische Situation nicht wundern. Es geht einfach darum, einfach und pragmatisch Ärztinnen und Ärzte hier zu halten, weil wir sie dringend brauchen. Und das ist alles andere als Blödsinn. Vielen Dank.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ja, manchmal sagt Frau Coordes sogar was Richtiges, wenn Sie dann bemerkt, dass die Arbeitsbedingungen für die Ärzte, die hier in Deutschland sind, verbessert werden

müssen. Natürlich, das ist so. Und dann fragt sich natürlich auch, warum viele hier ausgebildete Ärzte dieses Land verlassen. Das müssen wir uns fragen. Und wir müssen zunächst mal dafür sorgen, dass diese hier bei uns bleiben. Was Geflüchtete angeht, die dann hier behaupten, Ärzte zu sein, ist es etwas anders. Fraglich ist es nämlich oftmals, ob die hier vorgelegten Diplome dieser sogenannten Ärzte überhaupt echt sind. Da soll es, ich sage es mal vorsichtig, manchmal Zweifel geben, wie auch die Ärztekammer mir persönlich bestätigt hat beziehungsweise ein Mitglied dessen. Und da wird oftmals gesagt: „Diese Diplome sind gefälscht, wir können es den Leuten nur nicht nachweisen.“ So, fraglich ist weiter, ob diese geflüchteten Ärzte nicht in ihrer Heimat, dort, wo sie herkommen, dringender gebraucht werden als hier. Zumindest dann, wenn der Fluchtgrund nicht mehr gegeben ist oder auch noch niemals bestanden hat. Ich denke da an Länder wie Syrien, Afghanistan, Libanon, Türkei, Marokko, Tunesien, diese Liste ließe sich fortsetzen, aber auch die Ukraine. Müssen wir diese hier reingeflüchteten vermeintlichen Ärzte tatsächlich staatlich integrieren, wir hier in Deutschland? Wie ist es im umgekehrten Fall mit unseren deutschen Ärzten, die in die Schweiz oder meinetwegen in die USA gehen? Die dorthin geflüchtet sind, vor was auch immer. Werden die dort auch integriert? Gibt es dort in den USA beispielsweise oder in der Schweiz auch eine Frau Coordes, die genau dieses fordert für die dorthin geflüchteten Ärzte? Ich glaube nicht. Ich glaube vielmehr, dass diese Akademiker, die sie ja sind, selbst dazu in der Lage sind, sich in diesen Ländern zu integrieren, egal ob es die USA sind, ob es die Schweiz sind, Schweden, England oder wohin diese deutschen Ärzte auch immer geflüchtet sind.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Frau Coordes, so viel zur Sachlichkeit, also so laut wie Sie hier werden mussten, hat das mit Sachlichkeit nichts zu tun. Und recht haben tun Sie dadurch auch nicht mehr, denn die Fakten sind nun mal ganz andere als das, wie Sie sie gerade in das Mikrofon gebrüllt haben. Zum einen, wenn Sie an die Personen heran möchten, die Mediziner sind, beziehungsweise in der medizinischen Ausbildung sind, dann verbessern Sie doch einfach die Werbeaktionen, um Personen hier auf Bremerhaven noch mal darauf aufmerksam zu machen: Hey, wenn du hier eine Ausbildung machst, deine Anerkennung machst hier in Bremerhaven als Mediziner, dann bleibe auch in Bremerhaven, gehe in das Reinkenheide oder komme zu uns in die Stadtverwaltung in den Gesundheitsapparat rein. Kein Problem, können Sie machen, dazu brauchen Sie nicht die statistische Auswertung einführen, die sowieso zu dem Zeitpunkt, wo Sie sie gerne hätten, schon gar keinen Sinn mehr macht. Zum anderen, Sie haben auch eben gesagt: Ja, dann kann Frau Toense auf die Personen zugehen, damit auch mit Kindergarten und Co. alles geklärt ist. Es dauerte Monate bis Jahre, bis diese Anerkennung von den Leuten erfolgt ist. In der Zeit, wo sie auch die Sprachkurse parallel machen, werden sie sich mit Sicherheit schon in Bremerhaven eingerichtet haben. Wer dann noch sich Gedanken darüber machen muss, wo er wohnt, wie er wohnt, wo das Kind unterkommt, ich glaube, der schafft es auch nicht zum Abschluss, meine liebe Frau Coordes. Denn das ist doch wohl klar, wer hier schon ein, zwei Jahre oder noch länger braucht, um die Anerkennung für einen so schwierigen Beruf zu machen, was auch verständlich ist in der Zeit, dann wird der sich hier schon eingerichtet haben. Von daher, Frau Coordes, tun Sie nicht so, als ob das System überhaupt nicht funktionieren würde. Und als Sie hier jetzt mit Ihrem Antrag die Welt retten würden, die medizinische Welt retten würden. Denn das schaffen Sie nämlich nicht. Denn wir auch bereits anderweitig erwähnt wurde, ist es so, dass wir hier nicht von 50, 60, 70 Leuten im Jahr reden, sondern von aktuell um die 18 Personen. Und dafür diesen Verwaltungsaufwand, den Sie sich vorstellen und der auch rechtlich nicht möglich ist, also für aktuell 18 Personen, lassen Sie es mal ein paar mehr sein, so einen Verwaltungsaufwand zu fordern, der sich rechtlich nicht umsetzen lässt, das ist einfach auch unverantwortlich. Gehen Sie lieber doch direkt auf die Leute zu. Das Jobcenter wird sowieso die Personen, die in ihrem Kreis eine Weiterbildung, Ausbildung, Fortbildung, Anerkennung machen, sowieso ansprechen. Das ist der Job

des Jobcenters, die Leute anzusprechen in Bezug auf mögliche Anstellungen. Und Frau Coordes, ich bin mir ganz sicher, und das erwarte ich auch von Reinkenheide und anderen Institutionen, dass sie sich aktiv beim Jobcenter melden und sagen: Hey, wenn ihr Mediziner habt, her damit. Also von daher, Frau Coordes, ist dieser Antrag absolut überflüssig.

Stadtrat GÜNTNER:

Wir haben ja Ärzte, Ärztinnen und Ärzte aus allen möglichen Ländern der Welt und aller möglicher Herkunft in Bremerhaven und sind ausgesprochen dankbar übrigens auch dafür, weil ohne das hätten wir noch viel größeren Ärztemangel. Das hat einfach auch was mit demografischen Entwicklungen zu tun. Das muss man, auch wenn man aus einem bestimmten politischen Spektrum kommt, irgendwann auch einfach mal zur Kenntnis nehmen. Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, weil das Ganze ja auch, Ihr Antrag, ja, eine Vorgeschichte hat. Sie haben im Sozial- und Arbeitsausschuss darauf hingewiesen, Sie hätten im Gesundheitsausschuss festgestellt, es gäbe keine Statistik darüber, wie viele Ärztinnen und Ärzte im Jobcenter sind, da führe das Jobcenter keine Statistik. Daraufhin haben wir im Ausschuss gesagt, wir laden die Leiterin des Jobcenters ein und sprechen mit ihr darüber. Herr Önal hat freundlicherweise darauf hingewiesen, zu dem Zeitpunkt, und Frau Tiedemann auch, waren es 18 Menschen, übrigens nicht 18 Ärztinnen und Ärzte, weil wären sie schon Ärztinnen und Ärzte, wäre die Vermittlung in den Arbeitsmarkt natürlich noch viel einfacher und ein viel größerer Selbstgänger, sondern 18 Menschen, die nach Deutschland gekommen sind und angegeben haben bei den Behörden, dass sie in medizinische Tätigkeiten einmünden wollen. Über die Voraussetzungen ist gesprochen worden, dass das, was an Vorbildung vorhanden ist, das, was an Abschlüssen vorhanden ist, eingewertet, anerkannt werden muss. Dass entsprechende Sprachprüfungen durchgeführt werden müssen, sowohl der deutschen Sprache als auch der Fachsprache. Je schneller das alles ineinandergreift, desto eher kann dann anerkannt werden. Und Frau von Rittern hat in der Ausschusssitzung ja deutlich darauf hingewiesen, dass sie darin auch vor allem eine Ausgabe des Jobcenters sieht. Nicht so zu tun, wie Sie es ja versuchen, mit einer Statistik bekämpfen wir den Ärztemangel, sondern möglichst schnell dafür zu sorgen, dass die Schritte, damit die Ärztinnen und Ärzte, die Menschen, die dort einmünden wollen in diesen ärztlichen Beruf, das auch schaffen können. Ich habe, 18 waren es im November, habe Frau von Rittern jetzt mal tagesaktuell gefragt, wie viele sind es denn heute? Also einer ist von diesen 18 weggezogen, fünf sind hinzugekommen. Zwei von denen befinden sich noch im Studium, insofern sind es jetzt 22. Die Frage, braucht es eine Statistik, um den Ärztemangel in Bremerhaven zu bekämpfen? Nein, die braucht es nicht. Die Frage, wie kriegen wir es möglichst zügig hin, diese Menschen dann durch die Anerkennungsverfahren durchzuführen, da ist das Jobcenter ein guter Partner, bei denen es ja auch entsprechend gelingt. Und deswegen habe ich sozusagen auch die ganze Erregung hier nicht verstanden. Das, was Sie zu klären versuchen, ist in der Ausschusssitzung durch die Leiterin des Jobcenters bereits ausgiebig, umfangreich, tiefgründig mit allem, was dazugehört, erklärt worden. Dementsprechend hätte man sich wahrscheinlich heute auch fast mit der Frage beschäftigen können, wie gewinnt man noch mehr Menschen mit diesen guten Voraussetzungen, die dann sich in Bremerhaven ansiedeln wollen. Hier auch beruflich tätig werden wollen mit ihrem medizinischen Hintergrund hierher zu kommen. Aber das über diesen bürokratischen Aufwand, den Sie hier betreiben wollen, dieses nicht greifbare Wir. Sie sprechen immer von: Wir wollen doch, wir müssen doch, wir wissen gar nicht, wie viele sind es. Ich glaube, zwischendurch haben Sie es noch flankiert mit einer Anfrage, wo Sie gefragt haben in einer letzten Stadtverordnetenversammlung, wie viele, wie nach Qualifikation, so sinngemäß, aus der Erstaufnahme des Landes Bremens Geflüchtete auf die Kommunen zugewiesen würden, und ob dem Magistrat darüber Kenntnis zu liegen. Auch daraufhin ist Ihnen schon geantwortet worden, dass es eben diese Zuweisungen anhand von

Berufsbildern nicht gibt. Insofern muss man auch irgendwann mal zur Kenntnis nehmen, wie die Realität ist. Das Jobcenter arbeitet mit Hochdruck daran, diese Menschen in Arbeit zu bekommen. Die wären gut für den medizinischen Markt in Bremerhaven. Deswegen kann man am Ende nur den Strich darunterziehen, dass es diesen Antrag nicht braucht.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Also der Fachkräftemangel auch bei Ärzten, Lehrern, Elektronikern, IT-Spezialisten, viel zu viel groß. Und in kurzer Zeit, diesen Bedarf abzudecken ist nicht realistisch. Deswegen dabei spielt eine große Rolle, Migrantinnen und Migranten, qualifizierte Akademiker in Berufswege zu vereinfachen und behilflich sein. Was ich in dem Antrag verstanden habe, die Grünen fordern eine kommunale Initiative. Warum sollte das falsch sein? Natürlich gibt es Bundesinitiativen, natürlich gibt es auch Landesinitiativen, dass die auch die ganzen Verfahren durchführen. Aber gleichzeitig zusätzliche kommunale Initiativen zu entwickeln, diese Bedarfe zu bearbeiten, schnell wie möglich lösen. Warum sollte falsch sein? Die kommunale Koalition kann sich so äußern: Diese Kräfte haben wir nicht, diese Möglichkeit haben wir nicht. Das ist verständlich. Aber dass man diese Idee blöd findet oder sinnlos findet, also finde ich auch zwecklos. Das ist schon eine gute Idee, ob sie machbar ist, realisierbar ist, das ist andere Frage. Ich wünsche mir auch, dass eine kommunale Initiative gebildet wird, nicht nur für Ärzte, sondern für alle akademischen Berufe, Lehrbedarfe, die ganzen qualifizierten Migrantinnen und Migranten Praxiswege zu gewinnen.

Stadtverordnete COORDES:

Vielleicht noch mal abschließend, denn das treibt mich wirklich echt in die Verzweiflung. Es geht nicht darum, Herr Günthner, Statistiken zu erfassen. Es geht aber darum, und die haben wir, politische Verantwortung zu übernehmen. Das Jobcenter macht die Arbeitsmarktgliederung, das ist richtig. Das Jobcenter ist eine gemeinsame Einrichtung der BA, Agentur für Arbeit, und der Kommune. Wir haben für diesen Bereich, wenn wir über Ärztemangel reden, eine politische Verantwortung. Die können wir nur übernehmen. Und da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Mit Blödsinn hat das überhaupt nichts zu tun. Die kann man nur übernehmen, das sind meine Sichtweisen der Dinge, und die teile ich eben nicht mit Frau von Rittern und vielleicht auch mit vielen andern nicht, wenn wir wissen, wenn unsere Fachpolitiker im Gesundheitsausschuss wissen, welche Qualifikationen haben wir hier? Wo sind die in der Anerkennungsberatung? Und das immer ein Stück weit mitverfolgen kann. Und Frau Toense dann das tun kann, oder erleichtert das tun kann, was ich Ihnen eingangs beschrieben habe: Für den Verbleib in Bremerhaven zu werben. Und was mich daran so aufregt, ist gar nicht, dass wir unterschiedlicher Meinung sind, ist einfach die Tatsache, dass wir in eine Situation in dieser Kommune laufen, ich habe Ihnen die eingangs beschrieben, die uns alle zum Nachdenken darüber bringen sollte, wie wir Strukturen hier so verändern können, dass wir als Kommune einen besseren Zugang finden. Das Beispiel hatte ich Ihnen gebracht, um mehr geht es nicht. Und es geht auch nicht darum, irgendjemandem Arbeit zu machen. Es geht darum, politisch sichten zu können, es muss der Fachausschuss dann tun, was kommt überhaupt, wo sind sie? Was sind es für Fachausrichtungen? Das ist doch unsere politische Aufgabe. Und ich glaube, da haben wir einfach eine unterschiedliche Auffassung. Und wenn ich Ihnen dann sage, und das meine ich ganz ernst, in der Arbeitsmarktintegration haben wir überall große Probleme, auch in anderen Fachkräftemangelberufen. In diesen haben wir aber eine riesengroße Verantwortung. Und wenn wir da nicht besser werden, und das habe ich sehr, sehr ernst gemeint, dann wird die Gesamtakzeptanz bei den Menschen für Flucht, für die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten weiter schwinden. Was sehr, sehr bedauerlich ist, weil wir viele, viele, auch in der Pflege, brauchen. Wir müssen politisch die Möglichkeit haben, zu wissen, was passiert im Jobcenter, was passiert

im Land. Das kann man unterschiedlich sehen. Meine Beweggründe für diesen Antrag sind genau das. Und das würde ich Ihnen abschließend gerne noch mal dazu sagen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga).

TOP 4.2 Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren verbessern! (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AT 17/2024

Stadtverordnete SCHILLER:

Die Versorgungslage ungewollt Schwangerer mit sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in Bremerhaven ist schlecht. Das war wieder einmal erst diese Woche in der Nordsee-Zeitung zu lesen. Aktuell gibt es in Bremerhaven nur zwei Stellen, die überhaupt medizinisch sichere Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Das reicht nicht aus. Viele Betroffene müssen lange Wegstrecken in andere Städte zurücklegen. Viele davon können sich das aber nicht leisten, weil sie nicht ausreichend Geld für das Bahnticket haben oder zum Beispiel familiäre Verpflichtungen haben, wie etwa die Betreuung von Kindern, die es Ihnen nicht erlauben, eine Tagesreise zu unternehmen, um einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Eine Tagesreise gilt nämlich aktuell heutzutage gesetzlich als „zumutbar“, Zitat, Anführungsstriche. Außerdem sind die Wartezeiten auf Termine zu lang. Das ist ein Problem, denn die Betroffenen haben ja nur wenige Wochen zu Beginn der Schwangerschaft überhaupt Zeit, um einen Abbruch vornehmen zu können. Erzwungene Mutterschaft ist damit in Bremerhaven ein reales Problem. Und das ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Liebe Stadtverordnetenversammlung, wir haben eine Verantwortung für die Menschen in unserer Stadt. Und reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht, das aktuell in Bremerhaven, in unserer Stadt, verletzt wird. Bevor ich dazu komme, was unsere Stadt, was der Magistrat aus Sicht von uns, Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P, tun sollte, um unbeabsichtigt Schwangere ein selbstbestimmtes und sicheres Leben zu ermöglichen, vorab noch ein Hinweis: Die eigentliche Ursache des Problems liegt auf der Bundesebene, und zwar in dem § 218 im Strafgesetzbuch. Der § 218 StGB ist ein schlechtes Gesetz, denn er kriminalisiert Frauen und Ärztinnen. Der § 218 StGB ist auch ein sexistisches Gesetz. Seit der deutschen Kaiserzeit drangsalieren, gängeln und kriminalisieren er Frauen und verbietet ihnen, verbietet uns, liebe zuhörende Frauen, bis heute über unseren eigenen Körper selbst zu bestimmen und unser Leben sicher, selbstbestimmt und in Freiheit zu führen. Was wir also eigentlich brauchen, ist eine Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch. Hier kann ich nur an alle appellieren, sich hierfür einzusetzen. Das wäre im Übrigen nur demokratisch, denn circa 80 % der Menschen in unserem Land wollen, dass § 218 gestrichen, dass Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland legalisiert werden.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Ich bitte darum, dass Sie auf den eigentlichen Antrag „Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren“ zurückkommen und nicht darum werben, welche Paragraphen wir bundesweit streichen sollen.

Stadtverordnete SCHILLER:

Bis dahin, liebe Damen bis Herren, müssen wir aber Wege finden, trotz des § 218 eine ausreichende Versorgung für Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen. Auch an dieser Stelle noch eine Hintergrundinfo. Gesetzlich zuständig für die Sicherstellung für die Versorgung ist das Land, genauer die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Kassenärztliche Vereinigung Bremen. Deswegen fordern wir in unserem Antrag auch den Magistrat auf, diese Institutionen auf die drohende Unterversorgung von Frauen in Bremerhaven mit sicheren Schwangerschaftsabbrüchen hinzuweisen. Wir können aber darauf, dass Institutionen auf Landesebene aktiv werden, können wir uns hier aber in Bremerhaven nicht einfach ausruhen. Aufgrund der Haushaltslage in Bremerhaven stellen wir Grüne+P in diesem Antrag Lösungsansätze vor, die A, in kommunaler Verantwortung liegen. Die B, sehr wirkungsvoll die medizinische Versorgung, die Freiheit, Gesundheit und Selbstbestimmung von unbeabsichtigten Schwangeren in unserer Stadt verbessern können und C, kaum bis kein Geld kosten. Hier also die Punkte im Einzelnen. Gemeinsam mit Pro Familia Lösungen entwickeln, die das gesetzlich verpflichtende Beratungsangebot in Bremerhaven verbessert werden kann. Als Nächstes, die Überlegung von Pro Familia, ein medizinisches Zentrum in Bremerhaven zu eröffnen, wieder aufzunehmen und umzusetzen. Nächstes, medizinisches Personal in Bremerhaven über das Fortbildungsangebot der Senatorin für Gesundheit zum Thema Schwangerschaftsabbrüche zu informieren, medizinisches Personal in Bremerhaven dahin gehend zu beraten, wie sie Schwangerschaftsabbrüche rechtssicher durchführen können, denn Umfragen haben auch im Land Bremen ergeben, dass die Kriminalisierung durch den § 218 StGB viele Ärzt:innen davon abhält, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten, denn sie begehen ja eine Straftat. Und laufen daher Gefahr, strafrechtlich dafür belangt zu werden, dass sie Frauen helfen. Als nächstes, medizinisches Personal auch zu beraten im Umgang mit Anfeindungen. Denn es gibt in Deutschland eine ganze Reihe Person und Organisationen, die Schwangerschaftsabbrüche als frauenverachtenden ideologischen Gründen ablehnen. Und nicht davor zurückzuschrecken, medizinischem Personal, das diese durchführt, zu bedrohen, zu gängeln, unter Druck zu setzen und zu sabotieren. Hier wollen wir Grüne+P medizinisches Personal beraten und schützen, damit sie ihre Arbeit machen und Frauen versorgen können. Als Nächstes und als Letztes, eine öffentliche Informationskampagne, damit alle Menschen über ihre Rechte Bescheid wissen. Meine Damen bis Herren, reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Verantwortung übernehmen, dass sie allen unbeabsichtigt Schwangeren in unserer Stadt zuteilwird.

Stadtverordnete DERTWINKEL:

Ich stehe hier heute, um den vorliegenden Antrag zur Verbesserung der Versorgung von Frauen mit Schwangerschaftsabbrüchen in Bremerhaven in dieser uns vorliegenden Form nicht zuzustimmen. Obwohl das Anliegen Frauen in schwierigen Lebenssituationen umfassend zu unterstützen, grundsätzlich und aus der Sicht der CDU-Fraktion nachvollziehbar ist. So gibt es doch in diesem Antrag mehrere Punkte, die aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden können. Zum Thema wirtschaftliche und strukturelle Gegebenheiten muss ich sagen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen erhebliche finanzielle Mittel und organisatorische Änderungen erfordern, die zurzeit nicht in dieser erforderlichen Weise umsetzbar sind. Besonders die Umsetzung eines neuen medizinischen Zentrums, was Sie fordern in Bremerhaven oder die Erweiterung von Beratungsstellen, stellt doch wohl eine sehr enorme Belastung für das bestehende Gesundheitssystem dar.

Insbesondere im Hinblick auf die Priorisierung von Ressourcen in anderen Bereichen wie zum Beispiel der kinderärztlichen Versorgung des Gesundheitssystems hier. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen überschreiten außerdem die gesetzlichen zulässigen Rahmenbedingungen und könnten im Hinblick auf die Unabhängigkeit und die Arbeit der Kassenärztlichen Vereinigung oder anderer Institutionen problematisch werden. Insbesondere die Forderung nach der engen Zusammenarbeit mit Pro Familia in Bezug auf die Verbesserung der wohnortnahen Versorgung steht im Widerspruch zu den etablierten Strukturen und bestehenden Regelungen zur Wahrung der Unabhängigkeit von Beratungseinrichtungen und medizinischem Personal. Außerdem ist laut § 10 des Bremischen Schwangerschaftskonfliktgesetzes die Möglichkeit eines Abbruchs innerhalb einer Tagesreise für die Frau zumutbar. Das hatten Sie auch gerade erwähnt. Mithin wird nicht nur die Entfernung, sondern auch die Zumutbarkeit bewertet. In Bezug auf die Forderung nach speziellen Schulungsmaßnahmen und der Beratung von medizinischem Personal im Umgang mit ideologischer Hetze besetzt aktuell ein Angebot an Schutzunterstützungsmaßnahmen, die ausreichend sind. Es werden Schulungen sowie Workshops angeboten. Ihre vorgeschlagenen Kampagnen als nächsten Punkt jetzt zu erwähnen, also die Informationskampagnen, und die damit verbundenen Rechte sind absolut sinnvoll. Es sollte nicht nur informative Kampagnen geben, sondern es sollte auch respektvoll, differenziert mit den Frauen umgegangen werden. Aber Sie haben nicht erwähnt, dass es im letzten Jahr dazu eine Veranstaltung in Bremerhaven gab. Und zwar durch die senatorische Behörde mit ihrer Senatorin, der im Übrigen zu diesem Thema alles obliegt. Und ich muss dazu sagen, dass diese Veranstaltung wenig Resonanz hatte. Und deswegen weiß ich nicht, ob eine zusätzliche landesweite Kampagne zur Information in diesem Bereich überhaupt eine signifikante Verbesserung der Situation bringen würde, da diese eben oben erwähnte in Bremerhaven schlecht besucht wurde. Aufgrund dieser Punkte in der bestehenden rechtlichen und finanziellen Einschränkung ist die CDU der Auffassung, dass dieser Antrag nicht oder zumindest nicht jetzt in der vorgelegten Form umgesetzt werden kann. Wir setzen uns jedoch weiter für eine kontinuierliche Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung aller Bremerhavenerinnen, im Übrigen auch aller Bremerhavener und der Rechte von Frauen ein, ohne dabei die geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu überschreiten. Leider obliegt die große fachliche und finanzielle Zuständigkeit der senatorischen Behörde in Bremen. Im letzten Gesundheitsausschuss hat die KV ausführlich dargelegt, dass keine finanzielle Unterstützung infrage kommt weder als Anschub noch als Dauerfinanzierung.

Stadtverordneter STARK:

Die gute Dame von der CDU hat mir natürlich schon einiges vorausgenommen, vielen Dank. Es geht hier um die Beratung von ungewollt Schwangeren, um die Beratung zu verbessern und in Wohnortnähe durchzuführen. Schwangerschaftsabbrüche in Wohnortnähe sind natürlich zu befürworten, aber es müsste ja nicht gleich die ganzen Abtreibungen im Allgemeinen beworben werden. In medizinischen Fällen oder durch Gewalt verursachte Schwangerschaften ist eine Abtreibung natürlich der bessere Weg. Aber jetzt ein medizinisches Zentrum dafür, würde nur Sinn ergeben, wenn man mit steigenden Zahlen der Abbrüche rechnet, wovon man aber nicht ausgehen kann. Informieren kann man sich über Schwangerschaftsabbrüche jetzt schon bei Pro Familia, die Senatorin für Gesundheit oder online. Deshalb lehnen wir diesen Punkt für ein medizinisches Zentrum ab.

Stadtverordnete DERTWINKEL:

Ein weiteres Problem sehe ich auch in der Kombination von verschiedenen Themen, die hier angesprochen wurden. Nämlich die Forderungen im Antrag beinhalten sowohl medizinische, rechtliche als auch soziale Aspekte. Ich finde es bedarf, oder wir sehen es so, dass einer klaren und strukturierten Darstellung, wie diese Bedarfe

miteinander koordiniert werden sollten, nämlich ohne Strategie kommt es nicht zu effizienten Lösungen. Und es kommt weder den betroffenen Frauen noch auch den medizinischen Fachkräften zugute.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Frau Schiller, wieder grüne Ideologie pur, nichts anderes war das eben. Der § 218 ist aus meiner Sicht nicht frauenfeindlich. Im Gegenteil, er sichert zum Beispiel auch Ihre Rente, Frau Schiller. Klare gesetzliche Regelungen sind nun mal notwendig im Interesse der Gesellschaft und auch letztendlich des nicht geborenen Kindes. Aber ich will es hier ganz kurz auf den Punkt bringen: Willst du Schwangerschaft verhüten, nimm Melitta Filtertüten. So leicht ist das manchmal.

Stadtverordnete SCHILLER:

Wir beantragen, die Abstimmung der einzelnen Punkte.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Nr. 1):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Nr. 1 vom Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga) und 4 Enthaltungen (BD).

Beschluss (Nr. 2):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Nr. 2 vom Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga) und 4 Enthaltungen (BD).

Beschluss (Nr. 3):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Nr. 3 vom Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga).

Beschluss (Nr. 4):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Nr. 4 vom Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga).

Beschluss (Nr. 5):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Nr. 5 vom Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga).

Beschluss (Nr. 6):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Nr. 6 vom Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, MÖWEN, Kocaaga) und 4 Enthaltungen (BD).

Beschluss (keine Pause):

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, dass die Sitzung ohne Pause fortgesetzt wird.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (WfB).

**TOP
5 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

**TOP
6 Mitteilungen**Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Mitteilungen zur Kenntnis.

**TOP
6.1 Diskriminierungs-Beschwerdestellen nach § 13 AGG in
der Bremerhavener Verwaltung (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN + P)****MIT-AF 36/2024**

Stadtverordnete SCHILLER:

Laut Mitteilung 22/2024 ist die Ideen- und Beschwerdestelle des Magistrats die AGG-Beschwerdestelle nach § 13 AGG des Magistrats, also diejenige Stelle, bei der gemäß Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz Beschäftigte des Magistrats Diskriminierungen melden können, die ihnen am Arbeitsplatz widerfährt. Gleichzeitig verweist der Magistrat in seiner Mitteilung mit AF 22/2024 aber auf die Dienstvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“. Diese Dienstvereinbarung besagt jedoch, dass die jeweiligen Vorgesetzten der betroffenen Personen die betriebliche Ansprechperson für Diskriminierung seien. Der Magistrat weist also widersprüchliche Zuständigkeiten aus. Damit ist für die Betroffenen von Diskriminierung im Magistrat überhaupt nicht klar, an wen sie sich nun wenden können oder sollen oder dürfen. § 12 AGG verpflichtet aber den Magistrat als Arbeitgeber dazu, Meldewege klar auszuweisen. Wir Grüne+P erwarten also vom Magistrat, geltendes Recht umzusetzen, also zum Beispiel die Dienstvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ zu überarbeiten. Auf jeden Fall aber die Meldewege für Diskriminierung den Beschäftigten klar dazulegen. Gestolpert bin ich auch über die Aussage, dass seit der Einrichtung der Beschwerdestelle 2007 kein einziger Fall von Diskriminierung innerhalb des Magistrats dort gemeldet worden ist.

Das ist erschreckend, denn das bedeutet, dass die Dunkelziffer von Diskriminierung innerhalb des Magistrats 100 % beträgt. Alleine mir persönlich sind von Betroffenen mehrere Fälle berichtet worden, in denen Beschäftigte des Magistrats an ihrem Arbeitsplatz Diskriminierung selber erlebt oder beobachtet haben. Besonders erschreckend finde ich aber die Schlussfolgerung, die der Magistrat aus dem Ausbleiben von Meldungen der real existierenden Diskriminierung zieht. Nämlich, Zitat: „Was zeigt, dass Vielfalt, Toleranz und ein respektvolles Miteinander als Werte fest im Arbeitsalltag der Bremerhavener Verwaltung verankert sind.“ Lieber Magistrat, ich kann ja emotional nachvollziehen, dass Sie diese Schlussfolgerung gerne ziehen möchten, denn sie ist ja wirklich ganz wunderbar fluffig. Aber lieber Magistrat, das ist absolut unsachlich. Das Ausbleiben von Melden von Diskriminierung ist ein alarmierendes Indiz, dass das Beschwerdemanagement auf dieser Form nicht funktioniert. Warum melden sich Betroffene denn nicht? Ein maßgeblicher Grund wird zum Beispiel sein, dass zum Beispiel wie eingangs erwähnt, die Meldewege nicht geklärt sind. Das erzeugt kein Vertrauen bei Betroffenen. Ein weiterer Grund ist, dass Betroffene schlicht Angst haben, ihre Erfahrungen zu berichten. Das wird mir in persönlichen Gesprächen sehr klar so dargestellt. Es fehlen auch positive Beispiele von Fällen, bei denen eine Meldung durch die betroffene Person wirklich eine merkliche Erleichterung und Verbesserung ihrer Situation zur Folge hatte. Der Magistrat kann aus dem aktuellen Meldeverhalten seiner Beschäftigten also nur den ganz klaren Auftrag ableiten, einmal den Betroffenen zu signalisieren, dass ihre Berichte von Diskriminierung wirklich willkommen sind, dann Strukturen aufbauen, die sicherstellen, dass Betroffene zuverlässig geschützt werden vor zum Beispiel Racheakten oder Verschlimmerung ihrer Situationen in Folge der Meldung. Und eine eindeutige Klärung und Kommunikation der Meldewege gegenüber der Beschäftigten. Der Magistrat ist jetzt also in der Pflicht, geltendes Recht umzusetzen, bei Betroffenen Vertrauen aufzubauen und Diskriminierung wirksam zu bekämpfen.

Bürgermeister NEUHOFF:

In Vertretung des Personaldezernenten erlauben Sie mir zwei Anmerkungen. Also ich finde den Vorwurf, den wir hier heute entgegennehmen müssen, der unbekräftigt ist, sondern in möglicher Annahme der Rednerin eigentlich hier völlig fehl am Platze. Hier wird suggeriert, dass der Magistrat seiner Verantwortung seinen Beschäftigten gegenüber nicht nachkommt. Das weise ich mit Vehemenz zurück. Ich habe mich gerade erkundigt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P sitzt von mir geschätzte Kollegin Frau Coordes im Ausschuss. Ich habe gerade mal gefragt, inwieweit dieses Thema dort im Fachausschuss mal thematisiert worden ist. Von denen, mit denen ich gesprochen habe, kann sich keiner daran erinnern, keiner kann sich daran erinnern, dass die Grünen PP dieses Thema jemals im Fachausschuss vorgebracht haben. Und ich sage auch für den Magistrat in aller Deutlichkeit, wenn wir feststellen, dass wir eben die Diskriminierungsvorfälle haben, denen nicht nachkommen, dann sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit, dann wird der Magistratsdirektor, die Personalamtsleitung, auch der Dezernent dafür sorgen, dass so was nicht im Raume stehen bleibt. Ich weise es zurück. Und sage auch, Frau Schiller, treten Sie den Beweis an, treten Sie den Beweis für Ihre Aussage an, damit wir gucken können. Und suggerieren Sie hier nicht Ängste, Ängste, die möglicherweise gar nicht bestehen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Keine Wortmeldungen

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 16:37 Uhr.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnete:r

M. Jährling
Schriftführung

Entwurf